

Abstimmung vom 15.5.2003

## Zeitbombe oder Wirtschaftsmotor? AKW sollen weiterproduzieren

**Abgelehnt: Volksinitiative «Strom ohne Atom –  
Für eine Energiewende und die schrittweise Still-  
legung der Atomkraftwerke»**

Brigitte Menzi

---

*Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.*

**Empfohlene Zitierweise:** Menzi, Brigitte (2010): Zeitbombe oder Wirtschaftsmotor? AKW sollen weiterproduzieren. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 636–637.

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

Knapp zehn Jahre nach Annahme des Energieartikels (vgl. Vorlage 367) und der Moratoriums-Initiative (vgl. Vorlage 366) ist die Kernenergienutzung in weiten Kreisen der Bevölkerung noch immer stark umstritten. Der Verein «Strom ohne Atom» – unterstützt von rund 30 Umweltschutzorganisationen, der SP und den Grünen – nimmt deshalb das Auslaufen des Moratoriums zum Anlass für zwei neue Volksinitiativen, die 1999 eingereicht werden. Während die «MoratoriumPlus»-Initiative (vgl. Vorlage 502) die Verlängerung des Baustopps für Atomkraftwerke verlangt, fordert das Begehren «Strom ohne Atom – Für eine Energiewende und die schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke» den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie.

Nach der Einreichung der Initiativen kündigt der Bundesrat die baldige Revision des Atomgesetzes an, um den beiden Volksbegehren einen Gegenvorschlag gegenüberstellen zu können. 2000 gibt der Bundesrat einen ersten Vorentwurf in die Vernehmlassung. Dieser lässt zwar die Frage nach der zulässigen Betriebsdauer von Atomkraftwerken offen, sieht aber immerhin ein Wiederaufarbeitungsverbot für abgebrannte Brennelemente sowie die Mitbestimmung des Standortkantons beim Bau neuer Kernanlagen vor. Die Initiativen empfiehlt der Bundesrat dem Parlament zur Ablehnung mit der Begründung, ein endgültiger Ausstieg aus der Atomenergie hätte gravierende Folgen für die Volkswirtschaft und gefährde die Erreichung der CO<sub>2</sub>-Ziele. Der Nationalrat schliesst sich der Meinung des Bundesrates an und lehnt die Strom-ohne-Atom-Initiative gegen den Willen der SP und der Grünen klar ab. Nicht besser ergeht es dem Volksbegehren im Ständerat.

## GEGENSTAND

Die Bundesverfassung soll wie folgt geändert werden: Die Atomkraftwerke werden schrittweise stillgelegt. Die Wiederaufarbeitung von abgebrannten Kernbrennstoffen wird eingestellt. Der Bund erlässt gesetzliche Vorschriften, insbesondere betreffend die Umstellung der Stromversorgung auf nicht nukleare Energiequellen unter Vermeidung der Substitution durch Strom aus fossil betriebenen Anlagen, die dauerhafte Lagerung von radioaktiven Abfällen, die Mitentscheidungsrechte der betroffenen Gemeinden und die Tragung aller mit der Stilllegung der Atomkraftwerke zusammenhängenden Kosten durch die Betreiber. Die Atomkraftwerke Beznau 1, Beznau 2 und Mühleberg sind spätestens zwei Jahre nach der Annahme dieser Initiative ausser Betrieb zu nehmen, die Atomkraftwerke Gösgen und Leibstadt spätestens nach dreissig Betriebsjahren, also 2008 bzw. 2014.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

In einem mit Herzblut geführten Abstimmungskampf argumentieren auf der Seite der Befürworter SPS, EVP, CSP, PdA, GPS und SD, dass die Atomreaktoren mit zunehmendem Alter zu tickenden Zeitbomben würden und die Gesellschaft die Risiken der nuklearen Energiegewinnung deshalb nicht mehr länger tragen könne. Nach Meinung des Initiativekomitees

würde die Schweiz nach dem Atomausstieg zu einem Pionierland der alternativen Energien; Tausende neuer Arbeitsplätze könnten so geschaffen werden. Die Gegner der Initiative – neben den bürgerlichen Parteien die Wirtschaftsverbände und der Bundesrat – verweisen hingegen auf die grosse Abhängigkeit der Volkswirtschaft von der Atomkraft und bezweifeln, dass diese in so kurzer Zeit durch alternative Energien ersetzt werden könnte. Insbesondere Economiesuisse engagiert sich stark im gegnerischen Komitee und investiert zwischen 12 und 15 Millionen Franken in die öffentliche Kampagne.

## ERGEBNIS

66,3% der Stimmenden und fast alle Stände lehnen die Strom-ohne-Atom-Initiative ab. Einzig der Kanton Basel-Stadt spricht sich mit einem Ja-Anteil von 52,1% für den Ausstieg aus der Kernenergie aus. Am deutlichsten wird die Vorlage im Atom-Kanton Aargau verworfen (23,4% Ja). Die Stimmbeteiligung beträgt 49,7%. Wie aus der Nachbefragung hervorgeht, war die Zustimmung zur Moratoriumsvorlage (vgl. Vorlage 502) über alle Parteien hinweg grösser als bei der Vorlage «Strom ohne Atom», wobei sich Gegnerschaft und Befürworter entlang der Links-rechts-Linie trennten. Im Gegensatz zu 1990 (vgl. Vorlage 366) gelang es den Initianten diesmal nicht mehr, über links-grüne Kreise hinaus Stimmen zu mobilisieren. Bei der Analyse der Stimmotive zeigt sich, dass Befürworter und Gegner vor allem betreffend die Sicherheit der Kernenergie unterschiedlicher Auffassung waren. Als häufigstes Gegenargument wurden wirtschaftliche Bedenken bei einem Atomausstieg genannt. Steigende Strompreise wurden sogar von den Befürwortern der Vorlage befürchtet.

## QUELLEN

BBI 2001 2665; BBI 2002 8156. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1999 bis 2003: Energie – Kernenergie. Vox Nr. 81.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).